

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 247 – 4. März 2022

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hält die Welt, hält uns alle in Atem. Daher möchte ich Sie in einer Sonderausgabe meines Newsletter über aktuelle Entwicklungen und die aus meiner Sicht notwendigen nächsten Schritte informieren.

Das Vorgehen Putins stellt nicht nur einen eklatanten Bruch des Völkerrechts, sondern auch eine Zäsur der europäischen Nachkriegsordnung dar. Wir müssen uns bewusst machen, dass Putin nicht nur Krieg gegen die Ukraine, sondern gegen unsere demokratische Ordnung führt. Denn genau diese demokratische Ordnung hat sich die ukrainische Bevölkerung in den vergangenen zehn Jahren, ausgehend von den Protesten des Euromaidan, mit unglaublichen Mut erkämpft. Vor dieser Demokratiebewegung hat Putin Angst und versucht, sie auf abscheulichste Weise zu zerstören.

Womit Putin offenkundig nicht gerechnet hat, ist die Widerstandskraft der ukrainischen Bevölkerung und die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft. Die Welt steht zusammen an der Seite der Ukraine. Das Ergebnis der Abstimmung in der UN-Vollversammlung in dieser Woche zeigt dies auf eindrucksvolle Weise. Putin hat sein Land in die Isolation geführt und wird bald erkennen, dass Werte wie Frieden, Freiheit und Demokratie stärker sind als der Größenwahn eines einzelnen Mannes.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Historische Sondersitzung des Bundestages Bundesregierung sagt Erhöhung des Verteidigungsetats zu

Zum ersten Mal in seiner Geschichte kam der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche an einem Sonntag zu einer Sondersitzung zusammen. In seiner Regierungserklärung sprach Bundeskanzler Olaf Scholz von einer Zeitenwende. Die Ankündigung des Bundeskanzlers, fortan das 2%-Ziel der NATO einzuhalten und ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die

Modernisierung der Bundeswehr einzurichten, begrüße ich ausdrücklich. Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hat in seiner Rede betont, dass die Bundesregierung die Union bei der Umsetzung an ihrer Seite hat. Die Unionsfraktion setzt sich bereits seit vielen Jahren für eine bessere Ausstattung der Bundeswehr und die Einhaltung des 2%-Ziels der NATO ein. In der Vergangenheit ist die Umsetzung vor allem am Widerstand der SPD und des damaligen SPD-Finanzministers Olaf Scholz gescheitert. Ich bin froh und erleichtert, dass der Bundeskanzler sowie SPD und Grüne diese Forderung nun teilen.

Link zur Rede von Friedrich Merz: <https://www.youtube.com/watch?v=PqPDNn47cP4#>

Um die Modernisierung der Bundeswehr schnellstmöglich voranzubringen, reicht die Erhöhung des Verteidigungsetats allein nicht aus. Sie muss mit einer grundsätzlichen Umstrukturierung des Beschaffungswesens sowie u. a. verkürzter Vergaberegulungen einhergehen.

Der Angriffskrieg Russlands zeigt uns zudem, dass es richtig ist, weiter an der nuklearen Teilhabe Deutschlands innerhalb der NATO festzuhalten. Sie ist ein integraler Bestandteil der Abschreckungsstrategie der NATO. Denn als Atommacht wäre die Ukraine sicherlich nicht in dieser Art und Weise Ziel der russischen Aggressionen geworden.

Derzeit warten wir auf einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung des 2%-Ziels und des Sondervermögens. Die Union wird die Bundesregierung so gut wie möglich bei der Umsetzung unterstützen.

Harte Sanktionen gegen Putins Regime

Als Reaktion auf den russischen Überfall auf die Ukraine wurden die schärfsten nicht-militärischen Sanktionen verhängt, die den westlichen Staaten zur Verfügung stehen. Ziel ist es, den russischen Staat von sämtlichen Finanzierungsquellen, aus denen die brutalen Angriffe bezahlt werden, abzuschneiden.

Im Zentrum stehen Sanktionen gegen den russischen Finanz- und Technologiesektor. So haben die westlichen Verbündeten, zu denen neben der EU und den USA beispielsweise auch Großbritannien und Kanada gehören, beschlossen, die Vermögenswerte der russischen Zentralbank in der EU sowie und den USA einzufrieren und Bürgern in der EU und den USA Transaktionen mit der russischen Zentralbank zu verbieten. Der russische Staat wird in der Folge keine Geschäfte in US-Dollar mehr durchführen können und der Handel mit russischen Staatsanleihen ist bereits eingebrochen. Durch den Ausschluss großer russischer Geschäftsbanken aus dem internationalen Zahlungsnetzwerk SWIFT wurden russische Unternehmen zudem von internationalen Zahlungsströmen abgeschnitten. Hier fordere ich die EU auf, die beiden größten russischen Banken, die Sberbank und die Gazprombank, vom SWIFT-Ausschluss nicht zu verschonen.

Um die russische Wirtschaft auszubremsen, haben die westlichen Verbündeten eine Reihe von Exportbeschränkungen erlassen und die Lieferung, Weitergabe oder Ausfuhr verschiedener Technologieprodukte, auf die der russische Energie-, Luft- und Raumfahrtsektor angewiesen sind, untersagt. Darüber hinaus wurde der europäische, kanadische und US-amerikanische Luftraum inzwischen für russische Flugzeuge gesperrt. Hier kann ich mir ebenfalls vorstellen, dass auch russischen Schiffen verboten wird, in die Häfen der entsprechenden Länder einzulaufen.

Ich begrüße, dass die Bundesregierung nach anfänglichem Zögern der Unions-Forderung, die Zertifizierung der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 im Falle einer russischen Invasion auf Eis zu legen, nachgekommen ist.

Weitere Maßnahmen umfassen die Aussetzung der sogenannten Hermes-Bürgschaften durch die Bundesregierung, das Verbot der russischen Staatsmedien RT und Sputnik in der EU zur Unterbindung von Desinformationskampagnen und die verschiedenen Maßnahmen gegen Russland im Bereich des Sports.

Sämtliche Maßnahmen wurden so ausgewählt, dass die Wirkung auf die russischen Machthaber und Eliten möglichst groß und auf die russische Zivilbevölkerung und die deutschen Exportunternehmen möglichst gering ist. Dennoch lassen sich ungewollte Streueffekte selbstverständlich nicht vermeiden. Es ist daher unstrittig, dass die Maßnahmen in Form von steigenden Preisen oder zusätzlichen Kosten auch wirtschaftliche Folgen für Deutschland haben werden. Angesichts der Dramatik der aktuellen Situation wird der Westen diese Kosten jedoch tragen müssen, da es sich schlussendlich um den Preis unserer Freiheit und Sicherheit handelt.

Abgerundet wurde das bisherige Maßnahmenpaket von Sanktionen gegen Einzelpersonen, zu denen neben Wladimir Putin selbst beispielsweise auch der russische Außenminister Lawrow oder Verteidigungsminister Shoigu gehören.

Zu Beginn der russischen Invasion hatte ich bereits gefordert, verstärkt Putins Netzwerk aus Unterstützern ins Visier zu nehmen. Dies sollte aus zweierlei Gründen erfolgen. Zunächst kann davon ausgegangen werden, dass sich die einzigen Personen, die noch einen nennenswerten Einfluss auf den russischen Präsidenten ausüben können, in dessen unmittelbarem Dunstkreis aus Oligarchen, hochrangigen Politikern und Geheimdienstlern befinden. Indem die EU, die USA und weitere Staaten nun die Vermögenswerte und Bewegungsfreiheit dieser Personengruppe ins Visier nimmt, erhöht man den Druck auf sie, ihren Einfluss geltend zu machen. Dass gezielt diejenigen sanktioniert werden sollen, die über Jahrzehnte vom System Putin profitiert haben und deren Firmenkonglomerate das russische Militär versorgen oder den russischen Staat mitfinanzieren, ist der zweite Grund für die gezielten Maßnahmen gegen russische Oligarchen aus Putins Umfeld. Die US-Regierung hat bereits eine Sondereinsatztruppe eingesetzt, die das Vermögen der Personen auf den Sanktionslisten aufspüren und einfrieren soll. Dasselbe Vorgehen wünsche ich mir auch von der EU-Kommission und der Bundesregierung. Zudem existieren noch immer verschiedene Schlupflöcher. Berichten zufolge werden Sanktionen oftmals umgangen, indem russische Offizielle, die mit Sanktionen belegt werden, ihr Vermögen längst in Firmen gebündelt und die Anteile dieser Firmen auf ihre Kinder übertragen haben. Außerdem besteht die Befürchtung, dass Oligarchen mit ihrem Auslandsvermögen zunehmend in Kryptowährungen fliehen. In beiden Fällen liefe das Einfrieren von Konten der Mitsstreiter Putins ins Leere. Ich erwarte daher, dass sämtliche Maßnahmen auch die Familienmitglieder der russischen Offiziellen sowie alternative Anlageklassen wie Kryptowährungen umfassen, damit die Sanktionen ihre Wirkung nicht verfehlen.

Hilfe für die Ukraine

Unsere Gedanken und unsere Solidarität gelten in diesen Stunden den Menschen in der Ukraine, die um ihr Leben bangen, und sich dennoch mit beispiellosem Mut den russischen Truppen entgegenstellen. Unser Mitgefühl gilt all denjenigen, die aus ihrem Land fliehen mussten. Es ist richtig, dass Deutschland und die europäischen Mitgliedsländern ihnen Schutz gewähren. So können Sie helfen:

- Sie können spenden, z.B. an die Aktion Deutschland hilft, das DRK, Save the Children oder Caritas International
- Falls Sie Geflüchtete aufnehmen können, melden Sie sich unter: <https://www.unterkunft-ukraine.de/>
- Zeigen Sie Ihre Unterstützung auf Demonstrationen, wie z.B. die gestrige Solidaritätskundgebung für die Ukraine in Wittlich
- Unterstützen Sie Initiativen in unserer Region, wie z.B. "Bitburger helfen - Ein LKW für die Ukraine"

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de